

**Peter Schulz**

# Der Kosovokonflikt unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Beteiligung

**Magisterarbeit**

## **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Copyright © 2007 Diplom.de  
ISBN: 9783836609753

**Peter Schulz**

**Der Kosovokonflikt unter besonderer Berücksichtigung  
der deutschen Beteiligung**



---

Peter Schulz

# **Der Kosovokonflikt unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Beteiligung**

**Magisterarbeit  
Westfälische Wilhelms-Universität Münster  
Fachbereich Sozialwissenschaften  
Institut für Politikwissenschaft  
Juni 2007**



***Diplom.de***

Diplomica Verlag GmbH —  
Hermannstal 119k —  
22119 Hamburg —

Fon: 040 / 655 99 20 —  
Fax: 040 / 655 99 222 —

agentur@diplom.de —  
www.diplom.de —

Peter Schulz

**Der Kosovokonflikt unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Beteiligung**

ISBN: 978-3-8366-0975-3

Druck Diplomica® Verlag GmbH, Hamburg, 2008

Zugl. Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Münster, Deutschland, Magisterarbeit, 2007

---

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden, und die Diplomarbeiten Agentur, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

© Diplomica Verlag GmbH

<http://www.diplom.de>, Hamburg 2008

Printed in Germany

## **1. Inhaltsverzeichnis**

<b>1. Inhaltsverzeichnis</b>	<b>S. 2</b>
<b>2. Einleitung</b>	<b>S. 4</b>
<b>3. Die Historie des Kosovo-Konflikts</b>	<b>S. 7</b>
3.1 Die Ursprünge	S. 8
3.2 Das Kosovo und das osmanische Reich	S. 11
3.3 Von 1912 bis 1945	S. 13
3.4 Die Ära Tito und die Verfassung von 1974	S. 15
<b>4. Der Beginn des modernen Konflikts</b>	<b>S. 17</b>
4.1 Die deutsche Kosovopolitik bis Dayton	S. 18
4.2 Die Kosovopolitik der EU bis Dayton	S. 23
4.3 Die KSZE	S. 26
<b>5. Die Konferenz von Dayton</b>	<b>S. 31</b>
5.1 Der albanische Parallelstaat und die Hoffnungen der Albaner für Dayton	S. 32
5.2 Die Konferenz	S. 34
<b>6. Die deutsche Außenpolitik nach Dayton</b>	<b>S. 39</b>
6.1 Wandel der Orientierung	S. 40
6.2 Die deutsche Vermittlerrolle	S. 43
6.3 Aufbau einer Drohkulisse	S. 47
6.4 Der Wandel der Außenpolitik im Schatten des Regierungswechsels	S. 51
6.5 Die Holbrooke-Mission	S. 54
6.6 Die Bundestagsdebatte vom 16.10.1998	S. 58

<b>7. Die Kosovo Verification Mission</b>	<b>S. 62</b>
7.1 Schwächen der KVM	S. 62
7.2 Das „Massaker“ von Racak	S. 67
7.3 KVM-Krise und Fazit	S. 70
<b>8. Die Konferenzen von Rambouillet</b>	<b>S. 71</b>
8.1 Die erste Konferenz	S. 72
8.2 Die zweite Konferenz	S. 77
8.3 Fazit von Rambouillet	S. 78
<b>9. Die Operation Allied Force</b>	<b>S. 79</b>
9.1 Die Frage der Legitimierung	S. 79
9.2 Die Begründung Deutschlands für die Beteiligung am Luftkrieg	S. 81
9.3 Der deutsche Beitrag zum Luftkrieg	S. 83
9.4 Der weitere Verlauf des Luftkrieges und der „Fischer-Plan“	S. 85
9.5 Vom NATO-Gipfel bis zur Einstellung der Kämpfe	S. 87
<b>10. Fazit</b>	<b>S. 89</b>
<b>11. Literaturverzeichnis</b>	<b>S. 94</b>

## **2. Einleitung**

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges war der Gegensatz zwischen NATO und Warschauer Pakt die bestimmende Determinante der Außen- und Sicherheitspolitik der westlichen Staatengemeinschaft. Das Hauptaugenmerk lag deshalb seit Jahrzehnten darauf, dem potenziellen Aggressor auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs ein kollektives Verteidigungssystem entgegenzustellen und durch eine Strategie der Abschreckung den Frieden in Europa zu sichern. Seit dem Ende des Warschauer Paktes bedrohte aber nicht mehr die Gefahr eines internationalen Krieges globaler Ausprägung den Frieden. Vielmehr waren es nun vor allem innerstaatliche – bürgerkriegsähnliche – Konflikte, es gab sie freilich auch schon vorher in beträchtlicher Zahl, die durch Destabilisierung die Sicherheit angrenzender Staaten gefährdeten. Eine Vielzahl dieser innerstaatlichen Konflikte, vor allem auf dem Balkan, machte es deshalb notwendig, Strategien zu entwickeln, um solchen bürgerkriegsähnlichen Situationen zu begegnen.

Für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik war die Auflösung des Warschauer Paktes und die tendenzielle Destabilisierung Südosteuropas eine der größten Herausforderungen seit der Gründung der Bundesrepublik. Im Zuge der Wiedervereinigung wurden, vor allem bei den Verbündeten innerhalb der NATO, immer mehr Stimmen laut, die ein stärkeres Engagement Deutschlands bei der internationalen Konfliktbewältigung forderten. Während für die Verbündeten Deutschlands Konfliktmanagement unter dem Einsatz von Streitkräften nämlich schon längst gängige Praxis war, war dies für Deutschland etwas völlig Neues! Konnte man sich etwa im zweiten Golfkrieg noch durch massive Zahlungen an die internationale Koalition aus dem Kampf heraushalten, stellte sich die Situation im Kosovo-Konflikt vollkommen anders dar. Eine aktive Beteiligung an der Beendigung des Kosovo-Konfliktes wurde von den Partnern allgemein erwartet. Die – auch militärische – Beteiligung Deutschlands war deshalb sowohl ein Ausdruck des Gewichtszuwachses der Bundesrepublik nach der

Wiedervereinigung als auch ein Zeichen des gestiegenen Selbstbewusstseins der deutschen Außenpolitik.

Zu fragen ist, was den Kosovo-Konflikt bzw. das westliche Konfliktmanagement im Kosovo von anderen Interventionen, etwa der im zweiten Golfkrieg, unterscheidet. Ein wesentliches Merkmal der Kosovo-Intervention ist in ihrer problematischen Legitimation zu sehen: Offiziell wurde die Operation *Allied Force*, also das militärische Eingreifen der NATO, mit rein humanitären Argumenten begründet. Die in der westlichen Wahrnehmung dämonisierten Serben unterdrückten mit scheinbar brutaler Gewalt die „offensichtlich“ harmlosen Albaner im Kosovo. Die Rede war von Vertreibungen, Erschießungen, Massenvergewaltigungen etc. Da im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen durch die Verweigerung Russlands zunächst keine klare Resolution für ein militärisches Intervenieren erreicht werden konnte, entschloss sich die NATO dazu, die vermeintlich schutzlosen Albaner ohne Zustimmung der VN, durch ein massives Bombardement aus der Luft, vor den rücksichtslosen serbischen Unterdrückern zu schützen. Interessant ist dabei, dass die Operation *Allied Force* fast zeitgleich mit dem 50-jährigen Jubiläum der NATO stattfand, in dessen Vorfeld ausgiebig über die grundsätzliche Daseinsberechtigung einer Organisation diskutiert wurde, deren genuine Aufgabe sich mit der Auflösung des Warschauer Paktes erledigt zu haben schien.

Gerade in Deutschland tat sich die Politik in der moralischen Entrüstung über die angeblichen serbischen Untaten besonders hervor. Dramatisierend wurde sowohl von der scheidenden Regierung Kohl als auch von der neuen Regierung unter Kanzler Schröder die Dringlichkeit einer militärischen Intervention vor Parlamentariern und Presse immer wieder betont. Interne Studien des Auswärtigen Amtes (AA) haben aber zeitgleich zu den Aussagen der Bundesregierungen festgestellt, dass sich die Situation im Kosovo bei Weitem nicht so dramatisch darstellte wie behauptet. Es ist zu erkunden, warum gerade die Bundesrepublik so viel offensichtliches Interesse an einer militärischen Lösung mit deutscher Beteiligung zeigte.

Durch die Teilnahme deutscher Soldaten an einem völkerrechtlich nicht legitimierten Krieg ging die Bundesregierung sicherlich ein hohes innenpolitisches Risiko ein. Im Kosovo gab es kaum Deutsche, die den Schutz

der Bundeswehr benötigt hätten, und die Situation dort war, zumindest nach Einschätzung des AA, relativ stabil.<sup>1</sup> Warum riskierte also die Bundesregierung den Einsatz deutscher Soldaten in einem nicht durch den Sicherheitsrat der VN legitimierten Einsatz, bei dem keine wichtigen Interessen des deutschen Staates geschützt werden würden?

Im Verlauf dieser Arbeit soll vor allem dieser Frage nachgegangen werden. Dazu wird zunächst der historische Kontext der Kosovo-Frage beleuchtet. Weiterhin wird der Beginn des modernen Konfliktes skizziert, der die Grundlage für die spätere Intervention des Westens bildete. Ebenso behandelt werden soll die Konferenz von Dayton als ein wichtiger Meilenstein der westlichen Balkan-Politik. Schwerpunkt wird dabei auf die Analyse der für den Kosovo wichtigen Entscheidungen gelegt werden. Anschließend wird die Kosovo-Verification Mission der OSZE beleuchtet und hinterfragt. Geklärt werden soll, inwieweit die Mission als Ganzes erfolgreich war, wo Probleme, wo Chancen lagen.

Im Anschluss daran werden die Konferenzen von Rambouillet als eine finale Chance auf eine friedliche Lösung in der Kosovo-Frage analysiert und bewertet. Der letzte Punkt vor einem abschließenden Fazit gilt schließlich der Thematisierung der Operation *Allied Force*: deren Legitimierung, Durchführung und völkerrechtliche bzw. moralische Bewertung.

---

<sup>1</sup> vgl. Auswärtiges Amt: Lagebericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Bundesrepublik Jugoslawien vom 18.11.1998.  
In: Jürgen Elsässer: Kriegsverbrechen, Hamburg 2000, S. 181ff.  
Im Weiteren zitiert als: Kriegsverbrechen